

# Antworten auf die Wahlprüfsteine des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter anlässlich der Bundestagswahl 2017



## I. Milchmarkt

### **1. Wie steht Ihre Partei den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengengrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?**

Die Milchkrisen der vergangenen Jahre haben jedes Mal zu einer Aufgabelwelle landwirtschaftlicher Betriebe geführt. Um derartige Strukturbrüche zukünftig zu verhindern, haben wir uns immer dafür ausgesprochen, dass wir moderne Regeln für den Milchmarkt brauchen.

### **2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage alleine in der Branche?**

Um die Angebotsmenge zu regulieren braucht es entsprechende Rahmenbedingungen. Die können nicht allein von der Branche geschaffen werden, zumal angesichts der ungleichen Verteilung der Marktmacht im Milchbereich eine wirksame Mengensteuerung allein von Seiten der Branche nicht zu erwarten ist. Gleichzeitig ist eine Mengensteuerung nur möglich, wenn die Erzeuger und Verarbeiter dabei ihrerseits Verantwortung übernehmen.

### **3. Wie stehen Sie zur Gründung von Branchenverbänden/-organisationen? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müssten eine entsprechende Branchenorganisation Milch zugesprochen bekommen?**

Die von der Bundesregierung gemachten Vorschläge sind ungenau und liefern keinerlei Ansatzpunkte für eine Branchenorganisation im Sinne der Gemeinsamen Marktordnung (GMO). Die selektive Unterstützung einer Initiative der genossenschaftlichen Molkereien durch das BMEL ist weder gerechtfertigt noch zielführend. Eine Branchenorganisation macht nur dann Sinn, wenn alle am Milchmarkt Beteiligten auf Augenhöhe die sie betreffenden Fragen, insbesondere die Neugestaltung der Lieferbeziehungen, verhandeln können. Dies wird von der Bundesregierung vollständig ignoriert. Das wollen wir ändern.

### **4. Frage an die **Befürworter von Branchenorganisationen**: Marktkrisen sind immer globale Marktkrisen. Wie kann/soll über eine nationale Branchenorganisation Einfluss auf den globalen Markt genommen werden?**

-----

### **5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?**

Die Bundesregierung muss auf den Bericht des Bundeskartellamtes reagieren und gegen die Missstände bei den Vertragsbedingungen genossenschaftlicher Molkereien vorgehen. Bundesminister Schmidt lehnt jedoch jedes Vorgehen gegen die Marktmacht der Genossenschaftsmolkereien ab und bezieht im Milchbericht 2017 ohne erkennbaren Grund Partei für dieses Unternehmensmodell.

## **II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP 2020)**

- 1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 auf Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu konzentrieren?**
- 2. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?**
- 3. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können?**
- 4. Gibt es in Ihrer Partei Gedanken, wie der mit der Beantragung der Agrargelder verbundene sehr große Bürokratie- und Kontrollaufwand abgebaut werden kann?**
- 5. Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, den Erhalt von Agrargeldern zukünftig mit konkret zu benennenden Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu verknüpfen?**

Die Fragen 1-5 werden zusammen beantwortet. Wir setzen uns dafür ein, dass nach 2020 über die Gemeinsame Agrarpolitik gesellschaftliche Gelder nur noch an landwirtschaftliche Betriebe gehen, die in den Bereichen des Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutzes gesellschaftliche Leistungen erbringen – wie dies beispielsweise grünlandbasierte milchviehhaltende Betriebe tun. Das kommt zugleich den VerbraucherInnen, der Umwelt und naturgerecht wirtschaftenden bäuerlichen Betrieben zu Gute.

Bürokratische Auflagen wollen wir überall dort verschlanken, wo dies ohne Abstriche bei wichtigen Zielen (z.B. Umweltverträglichkeit, Tierschutz) möglich ist.

## **III. Wahrheit und Klarheit bei der Produktkennzeichnung**

- 1. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produktkennzeichnung?**

Wir setzen uns für mehr Transparenz bei tierischen Lebensmitteln ein. Für Fleisch- und Milchprodukte wollen wir eine verständliche und verlässliche Tierhaltungskennzeichnung einführen. Wie bei den Eiern soll anhand der Ziffern 0-3 gekennzeichnet werden, unter welchen Bedingungen die Tiere gehalten wurden. Außerdem wollen wir kennzeichnen, wenn Tiere mit gentechnisch verändertem Futter gefüttert wurden.

All das wird dazu führen, dass eine tier- und umweltgerechte Qualitätsproduktion künftig besser honoriert wird.

## **IV. Tierwohl**

- 1. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden?**

Wir wollen unseren nationalen Tierschutzaktionsplan finanziell mit einem detaillierten Förderkonzept unterfüttern. Für die Finanzierung von mehr Tierschutz in der Landwirtschaft erhöhen wir den Anteil der Bundesmittel und nutzen bestehende Spielräume der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Zudem aktualisieren wir den GAK-Rahmenplan und öffnen ihn für deutlich mehr Tierschutzmaßnahmen.

## **2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labels?**

Wir wollen eine verbindliche staatliche Tierhaltungskennzeichnung für tierische Produkte, analog zur Eierkennzeichnung.

## **3. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?**

Denkbar ist eine Förderung über die GAK.

## **4. Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?**

Wir wollen ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung von Rindern, da dieses Haltungssystem wegen der immensen Einschränkung der Grundbedürfnisse (Bewegung, Erkundung, Sozialverhalten etc.) keine tiergerechte Haltung darstellt und § 2 des Tierschutzgesetzes widerspricht. Generell sollten alle Haltungssysteme so ausgerichtet werden, dass die Rinder Auslauf haben und auf die Weide kommen.